

## Die Ohnmacht des liberalen Zionismus

von  
Norman Paech

Am 8. Februar 2022 erschien bei ZEIT-online ein Gastbeitrag von dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, mit der Überschrift: „Amnesty International: Aufforderung zur Selbstzerstörung“. Der Bericht habe bei ihm „ein Moment des Entsetzens ausgelöst“, da Amnesty die Existenz eines jüdischen Nationalstaates in Nahost die moralische Rechtfertigung abgesprochen habe. In der Tat ist der Bericht von Amnesty International „Israels Apartheid gegen die Palästinenser. Ein grausames System der Beherrschung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ von offizieller jüdischer Seite in Israel und Deutschland schlichtweg abgelehnt worden. Während diese Stimmen sich jedoch äußerst selten zu den kritisierten Zuständen in Israel und Palästina äußern, drückt sich Mendel nicht vor den zahlreichen Befunden von Amnesty über unerträgliche Menschenrechtsverletzungen und die katastrophale Lebenssituation der Menschen in den besetzten Gebieten.

Mendel lebt und arbeitet seit Jahren in der Bundesrepublik. Mit dem distanzierten Blick eines Juden aus der Diaspora blickt er ziemlich nüchtern auf sein Heimatland, stolpert aber über die Schlussfolgerung des Berichts, die zum Reizwort der hiesigen Debatte geworden ist: „Israel sei ein Apartheidstaat. Und zwar nicht nur in den seit 1967 besetzten Gebieten, sondern im ganzen Territorium zwischen dem Jordanfluss und dem Mittelmeer.“ Er wirft Amnesty eine „fragwürdige Methodologie“ und „unredliche Herangehensweise“ vor, ohne dies allerdings zu begründen, sie übernehme die „Rhetorik einer Propagandabewegung“. Dabei dürfte Mendel bekannt sein, dass schon lange vor Amnesty anerkannte Wissenschaftler wie John Dugard, Richard Falk, Virginia Tilley im Auftrag der UNO detaillierte Untersuchungen über die systematischen Menschenrechtsverletzungen und die katastrophalen Lebensbedingungen durchgeführt haben. Sie sahen darin das Verbrechen der Apartheid nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern auch in Israel selbst. Der Begriff der Apartheid ist von der gleichen schwierigen Definierbarkeit wie der Begriff Völkermord, in Artikel 7 Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit aber tatbestandlich genau erfasst. Beide Begriffe erwecken abschreckende historische Beispiele der Erinnerung, an die sie jedoch nicht gebunden sind. Der Begriff Apartheid ist nicht durch das Beispiel Südafrika verbraucht. Er definiert nach wie vor ein Verbrechen, und die Anklagebehörde des IStGH wird bei ihren kommenden Untersuchungen der Siedlungspolitik auch diesen Tatbestand berücksichtigen.

Bedrohlicher für Mendel ist jedoch der Angriff auf das „zionistische Projekt“, der „Versuch, das gesamte zionistische Projekt seit 1948 als Unrecht darzustellen“, als „Ursünde schlechthin: die Idee, dass die Juden einen Nationalstaat im Nahen Osten gründen.“ Bedrohlich vor allem, weil das „die Abschaffung des Nationalstaats, die Abschaffung der Unterscheidung zwischen israelischem Kernland und den besetzten Gebieten, das Ende der Selbstdefinition Israels als jüdischer Staat“ bedeute. Mendel, ohne Zweifel ein liberaler Zionist, beruft sich auf ein „Projekt“ d.h. eine Tradition des Zionismus, die in der israelischen Politik mit der Gründung des Staates durch die aggressive Variante von Wladimir Zeev Jabotinsky (1880-1940) abgelöst worden ist. Dessen Ziel, so formulierte er, war es, „die jüdische Ethik (zu) militarisieren, (...) die arabischen Mitbewohner (zu) unterjochen und die Grenzen des künftigen Judenstaates über den Jordan hinaus(zu)rücken: Von der freiwilligen Versöhnung (mit den Arabern)

kann keine Rede sein.“ Diese Vision hat die Politik aller Regierungen von Ben Gurion über Begin, Shamir und Sharon bis Netanjahu und jetzt Bennet gegenüber den Palästinensern bestimmt. Von Herzls Slogan „Land ohne Volk“, hinter dem die Forderung nach „Eretz Israel – vom Flusse Ägyptens bis zum Euphrat“ stand, über Ben Gurion, der als erster Ministerpräsident nicht müde wurde, Ansprüche auf ein Groß-Israel anzumelden, gibt es unzählige Äußerungen, in denen die Vernichtung oder Vertreibung der Palästinenser zum Ziel der israelischen Politik erklärt wird. Es geht diesem aggressiven Zionismus niemals um Koexistenz und ein friedliches Nebeneinander in einem oder zwei Staaten. Rason dieses Zionismus ist Expansion und unangefochtene Dominanz und Herrschaft, am besten ohne Palästinenser.

Demgegenüber ist der liberale Zionismus z.B. eines Uri Avneri, der sich auf einen Staat Israel in den 1948 definierten Grenzen bezieht, immer in der Opposition und politischen Bedeutungslosigkeit geblieben. Nun aber ist mit der BDS-Bewegung eine neue Form des palästinensischen und internationalen Widerstandes aufgetreten, der auch liberale Positionen tief beunruhigt. Mendel befürchtet „eine deutliche Annäherung von Amnesty an die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions). Eine Bewegung, die 2020 vom Deutschen Bundestag mit gutem Grund als antisemitisch eingestuft wird“. Lassen wir diese falsche Entscheidung des Bundestages beiseite, so gibt ein Schulterschluss von Amnesty mit der BDS-Bewegung dem palästinensischen Widerstand zweifellos ein neues Momentum im Kampf um das „Ende der Selbstdefinition Israels als jüdischer Staat“. Mendel: Dem Bericht geht es explizit nicht nur um die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen in der Westbank und im Gazastreifen nach internationalem Recht. Nein, es geht Amnesty darum, ‚die Kernursachen des Konfliktes anzugehen‘, nämlich die Existenz des jüdischen Nationalstaates.“ Da hat Mendel durchaus Recht, allerdings mit einer entscheidenden Einschränkung, die auch er verschweigt. BDS zielt nicht auf die Vernichtung Israels, die Bewegung führt keinen Kampf gegen die Existenz Israels. Ihr Kampf richtet sich gegen einen ausschließlich jüdisch definierten Nationalstaat, gegen seine ethnische Verfassung. Das ist ein großer Unterschied, der immer wieder versucht wird zu verwischen. In einem jüdischen Staat haben die Palästinenser kein Existenzrecht, es sei denn als 2. Klasse. Die ursprünglich geforderte Anerkennung der Existenz des Staates Israel wurde erst unter Sharon um den "jüdischen" Staat erweitert und gilt seitdem als Grundbedingung jeglichen Dialogs mit den Palästinensern. In der Tat geht es Amnesty um einen demokratischen Staat, in dem alle Menschen ohne ethnische oder politische Diskriminierung die gleichen Rechte haben. Das ist in einem jüdischen Staat der Apartheid, in dem derzeit 20 Gesetze die arabische Bevölkerung diskriminieren, nicht zu erreichen. Hier treffen sich Amnesty und BDS.

Mendel ist Realist genug sich einzugestehen, dass sich nur durch Druck von außen in Israel etwas verändern wird. Kommt aber der Druck, hält er ihn für unangemessen. Ich weiß nicht, was Mendel zu den angekündigten Untersuchungen des IStGH gegen Israel wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch den IStGH sagt. Die israelische Regierung kämpft nicht nur mit allen diplomatischen Mitteln gegen diesen als antisemitisch bezeichneten Angriff, sondern verweigert den Ermittlern auch die Einreise. Friedlichen Druck aus der Zivilgesellschaft, ob von Amnesty oder von BDS lehnt Mendel auf jeden Fall ab. Sein Diskurs zeigt die typische Handlungsunfähigkeit liberaler Positionen, die sich zwar gut diskutieren lassen, aber vor einer Entscheidung zurückschrecken, die radikale Konsequenzen fordert. Über 70 Jahre Diskriminierung, Zerstörung, grausame Verbrechen und permanente Menschenrechtsverletzungen - d.h

eine radikale Besatzung verlangt eine radikale Antwort. Ohne eine solche bleibt jede liberale Position im Feuilleton stecken. Mendel zitiert schließlich den Philosophen Jeschajahu Leibowitz, der 1968 schrieb: „Der wichtigste Tag im Sechs-Tage-Krieg ist der siebte Tag“. An diesem Tag hätte sich die israelische Armee aus den besetzten Gebieten und Ostjerusalem vollständig zurückziehen müssen. Er fürchtete, dass „ansonsten die zionistische Idee dem ‚Moloch des großen Israel‘ aufgeopfert werde. Heute, 54 Jahre später, muss die zionistische Idee vom großen Israel geopfert werden, damit Israel überlebt und Palästina leben kann.

Hamburg, d. 17. Februar